

«Der Ausbau ist ein Ligawechsel»

Oberburg/Hasle Die Golfpark AG baut für 8 Millionen Franken eine 18-Loch-Anlage

VON BRUNO UTZ

Jetzt ist auf gutem Weg, wovon die Spieler des Golfparks in Oberburg seit der Eröffnung 1998 träumen: Statt auf 9 Spielbahnen sollen sie ihren Sport künftig auf einer 18-Loch-Anlage ausüben können: «Mit dem Ausbau wechseln wir die Liga», sagt Raphael Weibel. Der Präsident und Delegierte des Verwaltungsrates der Golfpark Oberburg AG wagt einen weiteren Vergleich: «Ein Skigebiet mit zwei, drei Liften ist schön. Noch mehr Lifte sowie eine gute Pistenbeschneidung und -präparation sind attraktiver.»

Das Ausbauprojekt kostet laut Weibel insgesamt 8 Millionen Franken. Darin enthalten sei auch ein neues Klubhaus mit Restaurant, Sekretariat und Empfang. Das heutige «Alte Sumpfhaus» bleibe erhalten. Das neue, ebenfalls öffentlich zugängliche Restaurant sei mit rund 150 Innenplätzen geplant. Für den Ausbau würden keine Bankkredite benötigt. «Wie immer finanzieren wir auch dieses Projekt mit Eigenmitteln.» Jedes Mitglied des Golfclubs sei auch Aktionär. Aktivmitglieder, welche die Anlage unbeschränkt benutzen könnten, besäßen zwei Aktien zu je 7000 Franken. Wochentagsmitglieder müssten nur eine Aktie erwerben.

Die Frage, wer in Oberburg Golf spielt, beantwortet Weibel so: «Der Golfsport ist längst kein gesellschaft-

«Wie immer finanzieren wir auch dieses Ausbauprojekt selber.»

Raphael Weibel, VRP Golfpark

liches Ereignis mehr für einen kleinen Kreis reicher Leute.» Golfer seien heute auch viel jünger. Heute sei die Liebe zum Sport Voraussetzung, nicht mehr ein Millionenvermögen. «Bei uns sind Leute aus allen Gesell-



Das neue Clubhaus in der Müruggen bietet einen Ausblick ins Emmental. GPO

schaftsschichten dabei, vom Unternehmer bis zum Lastwagenchauffeur.» Das «Oberburger Stammpublikums» sei im Gebiet von Langenthal über Huttwil bis Langnau und Münsingen zu Hause.

Das Ausbauprojekt liegt bis am 24. März auf den Gemeindeverwaltungen von Oberburg und Hasle öffentlich auf. Ernst Bolzli (SVP), Gemeinderatspräsident von Oberburg, glaubt nicht an Einsparungen. «An einem Infoabend im Herbst gab es keine Kritik.» Und die nötige Umzonung habe die Gemeindeversammlung problemlos gutgeheissen. Auch der Gemeindepräsident von Hasle bei Burgdorf, Walter Scheidegger (SVP), äussert sich zuversichtlich. Die Anlage sei wichtig für das Emmental.

Weibel hofft auf eine Baubewilligung bis Mai. «Dann können wir im Juni mit dem Platzbau beginnen und im Spätsommer 2012 die ersten Runden spielen.» Die Eröffnung der Ge-

samtanlage sei im Frühling 2013 geplant. Zum Fahrplan gehöre auch die Aufstockung um gut zehn Arbeitsplätze. Laut Weibel beschäftigt der Golfpark derzeit etwa 25 Personen.

Golfboom hält unvermindert an

18-Loch-Golfanlagen gibt es in der Schweiz 67. So etwa in Aetingen (Limpachtal), Luterbach (Wylhof) und Moosseedorf (Migros). Dazu kommen 27 Anlagen mit 9 Spielbahnen. «Das ist nicht zu viel», sagt Barbara Albisetti, Leiterin Kommunikation beim Schweizerischen Golfverband (ASG). Sie verweist auf die seit vielen Jahren steigende Anzahl von Golfspielern. In den letzten 15 Jahren hat sich die Zahl

der beim ASG angeschlossenen Mitglieder mehr als verdreifacht. Von den 72 619 ASG-Mitgliedern waren Ende 2010 rund 37 Prozent Frauen. In der gleichen Zeit stieg die Zahl der angeschlossenen Golf-Clubs von 51 auf 94. Gemäss Albisetti tragen die so genannten mitgliedfreien Anlagen, vor allem die Golfparks der Migros, stark zum Boom beim ASG bei: «Sie bringen uns viele neue Mitglieder.» (UZ)

Nachrichten

Inselspital Fiko begrüsst Zusammenschluss

Die Finanzkommission (Fiko) des Grosse Rats unterstützt den Zusammenschluss des Inselspitals und der Spitalnetz Bern AG. Damit werde der Medizinalstandort Bern gestärkt. Die Fiko beantragt dem Parlament, in der Märzsession dem Projektkredit von 1,95 Millionen Franken zuzustimmen. (KBE)

Wabern Grünes Licht für 53-Meter-Hochhaus

Die Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion (JGK) hat eine Kollektiveinsprache von sechs Personen aus der näheren Umgebung gegen den Bau einer Überbauung mit einem 17-stöckigen Hochhaus in Wabern abgewiesen. Die JGK kommt insbesondere zum Schluss, dass das Hochhaus in der nordwestlichen Ecke des «Bächtelenackers» den Anforderungen des Regionalen Richtplans genügt. Der Entscheid kann innert 30 Tagen ans Verwaltungsgericht weitergezogen werden. (SDA, UZ)

Bern Polizei verhaftet drei junge Räuber

Nach zwei Raubüberfällen auf Frauen in Bern hat die Polizei drei mutmassliche Täter verhaftet. Die 20- und 21-jährigen Männer sind geständig. Der eine Raubüberfall ereignete sich Ende Dezember an der Eymattstrasse in Bern, wie die Kantonspolizei gestern mitteilte. Die Täter bedrohten die Frau mit einer Pistole und zwangen sie, ihren Portemonnaie und Handy auszuhändigen. Nur einen Tag später wurden zwei Frauen an der Riedbachstrasse bedroht und ausgeraubt. Eines der Opfer wurde erheblich verletzt. Offen ist, ob die drei noch in einen weiteren Überfall von Mitte Januar 2011 verwickelt sind. (SDA)

Twann-Tunnel verschandelt Seeufer

Twann Die Stiftung Landschaftsschutz Schweiz (SL) und der Berner Heimatschutz haben beim Bundesverwaltungsgericht gemeinsam Beschwerde gegen den geplanten Umfahrungstunnel von Twann erhoben. Die beiden Organisationen fordern Änderungen am Ostportal. Sie seien nicht gegen den Tunnel, beteuerten Vertreter am Donnerstag in Biel an einer Medienkonferenz. Für das Ostportal des Tunnels werde aber auf 400 Metern Länge und bis zu 30 Metern Breite ein «gewaltiger Eingriff» in die mehrfach geschützte Bielersee-Landschaft geplant.

Schon beim Bau dieser Strasse – der Nationalstrasse A5 – entlang dem Bielersee sei in den 1970er-Jahren eine der grössten Bausünden der Schweiz begangen worden. Nun brauche es endlich ein Gesamtkonzept für alle Verkehrsanlagen am linken Bielerseeufer. Sonst entstehe die-

ses hässliche Tunnelportal bei Twann und später bei Vinelz ein zweites. SL und Heimatschutz hätten gern einen in die Erde versenkten Tunneleingang. In Neuenburg sei es gelungen, beim Bau der Autobahn eine landschaftsverträgliche Lösung zu finden.

Der Berner Heimatschutz vertritt in der Beschwerde die nationale Dachorganisation. Er und die SL werden unterstützt vom regionalen Landschaftsschutzverein «netzwerk bielersee» mit seinen 1300 Mitgliedern. Auf ihren Internetseiten haben die drei Organisationen von ihnen in Auftrag gegebene Visualisierungen des Tunnel-Ostportals publiziert. Die Baupläne seien nämlich schönfärbisch. Selbst wenn die Reblandschaft nach Ende der Bauarbeiten künstlich wiederhergestellt werde, bleibe eine von weit her sichtbare Narbe. (SDA)

www.bernerheimatschutz.ch

Mengenstreit im Spitalwesen

Spitalversorgung Öffentliche und private bernische Spitäler sowie verschiedene Krankenkassen wehren sich dagegen, dass der Staat ihnen bis 2014 fixe Vorgaben zu Mengen und Leistungen macht. Sie fordern eine Regelung, die sich an der bisherigen Praxis orientiert.

Gemäss Krankenversicherungsgesetz des Bundes muss der Kanton Bern ab 2012 in der stationären Versorgung Markt- und Wettbewerbselemente berücksichtigen. Neues Abgeltungsmodell werden die Fallpauschalen. Bei der Umstellung auf dieses Modell wird befürchtet, dass die Spitäler die Fallmengen ausweiten und dadurch der Kanton und die Kassen immer mehr zahlen müssten. Der Kanton möchte diesem unerwünschten Effekt unter anderem damit begegnen, dass er den einzelnen Leistungserbringern konkrete Mengen- und Leistungsvorgaben macht.

Diese Mengenbeschränkungen seien in dieser absoluten Form nicht umsetzbar, betonten Vertreter einer Arbeitsgemeinschaft der Spitäler und Krankenkassen im Kanton Bern gestern vor den Medien. Der Arbeitsgemeinschaft gehören der Verband Privatspitäler im Kanton Bern, der Verein diespitäler.be und die Krankenkassen Visana, KPT, Atupri und Innova an. Das vom Kanton angedachte Modell drohe den vom Bund gewünschten Wettbewerb im Keim zu ersticken und die längst fällige Strukturbereinigung zu verhindern, betonte Peter Fischer, CEO der Visana-Gruppe. «Wir wollen nicht fixe Mengen wie in



Ärger wegen Fallpauschalen. KEY

Deutschland, sodass Fälle verschoben werden müssen», betonte Beat Straubhaar vom Verein diespitäler.be. Mit den fixen Mengenbeschränkungen würde zudem die Wahlfreiheit der Pa-

«Wir wollen nicht fixe Mengen wie in Deutschland.»

Beat Straubhaar, diespitäler.be

tienten eingeschränkt. Diese müssten dann dorthin, wo es noch Kontingente offen habe, sagte Jean-François Andrey, Direktor des Lindenhospitals Bern. Klar sei aber auch, dass die Übergangsphase zum neuen Finanzierungsmodell nicht einzig dem Wett-

bewerb überlassen werden könne, räumte Fischer ein. Die Arbeitsgruppe möchte stattdessen einen geordneten Übergang.

Die Spitäler und Kassen schlagen deshalb für die Übergangsfrist bis 2014 ein Modell vor, das sich an den bisherigen Planungs- und Steuerungselementen orientiert. So sei eine gewisse Mengensteuerung möglich, ohne dabei den Markt völlig auszuschalten, und der Kanton behalte seine Planungshoheit. Der Vorschlag sieht unter anderem vor, dass die Spitäler eine gewisse Menge an Fällen zugeteilt erhalten. Darüber hinaus sind sie aber frei, weitere Fälle zu behandeln, allerdings erhalten sie dafür weniger Geld.

Spitalplanung ist Kantonssache

Regierungspräsident Philippe Perrenoud (SP) reagierte mit einer Medienmitteilung auf den Vorschlag. Seine Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) sei mit allen Partnern des bernischen Spitalwesens einig, dass alles unternommen werden müsse, um aufwändige Gerichtsverfahren zu vermeiden. Die GEF werde deshalb weiterhin einen konstruktiven Dialog pflegen. «Klar ist aber, dass die Versorgungsplanung eine hoheitliche Aufgabe des Kantons ist und bleiben wird», so Perrenoud. Der erwähnte Vorschlag werfe viele Fragen auf. Diese könnten nicht mit der Versorgungsplanung und der Spitalliste gelöst werden, sondern müssten im Rahmen der Verhandlungen über die Tarifverträge angegangen werden. Die Verhandlungen würden autonom von den Spitalern und Versicherern geführt. Erst die Genehmigung sei dann Sache der Regierung. (SDA, UZ)

INSERAT

6. März: Die Entscheidung!

Wer nicht in die EU will,



wählt **Adrian Amstutz**

Gewerbliches Unterstützungskomitee Adrian Amstutz in den Ständerat, Postfach 791, 3607 Thun